

# Rhein-Berg 100



Der Newsletter Ihres Abgeordneten für den Wahlkreis 100 Dr. Hermann-Josef Tebroke

## Termin-Auswahl:

8. März 2018  
Bürgersprechstunde Kürten

13. März 2018  
CDU/CSU-Fraktionssitzung im Bundestag

20. März 2018  
CDU/CSU-Fraktionssitzung im Bundestag

12. April 2018  
Bürgersprechstunde Leichlingen

## Kontakt:

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

### Telefon

(030) 227 - 7 95 47

### Fax

(030) 227 - 7 05 48

### E-Mail

[hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

### Homepage

[www.hermannjosef-tebroke.de](http://www.hermannjosef-tebroke.de)

### Wahlkreisbüro

Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

### Telefon

(02202) 9 36 95-30

### Fax

(02202) 9 36 95-22

### E-Mail

[hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke.wk@bundestag.de)



## Liebe Leserinnen und Leser,

Nach vielen Wochen ist es endlich gelungen, einen umfangreichen Koalitionsvertrag vorzulegen, den nunmehr auch die Gremien von CDU und CSU genehmigt haben. Sicherlich, den Kritikern des Vertragswerks ist zuzugeben, dass einige zukunftsrelevante Themen nur kursorisch behandelt oder in Arbeitsgruppen ausgelagert worden sind. Jedoch lässt sich nicht von der Hand weisen, dass mit diesem Vertragswerk endlich die sowohl innenpolitisch, aber auch außenpolitisch dringend notwendige Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik wieder hergestellt wird. Deutschland braucht eine stabile und von der Mehrheit des Bundestages getragene Bundesregierung.

Darüber hinaus sind viele wichtige Inhalte für eine gute Zukunft unseres Landes vereinbart worden: Die Union konnte viel für die Familienpolitik erreichen. Dazu gehören unter anderem weitreichende finanzielle Entlastungen, aber auch spürbare Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

maßgeblich geprägte ausgeglichene Haushalt bleibt auch weiterhin bestehen. Das ist nicht nur ein Zeichen an unsere europäischen Partner, sondern gleichsam angemessen im Lichte eines fairen Generationenvertrages. Schließlich ist das wichtige Thema Bildung zu einem zentralen Aspekt des Koalitionsvertrages ausgebaut worden. In einem Land wie dem unseren, das über keinerlei nennenswerte Rohstoffe verfügt, ist die Ausbildung der zukünftigen Generationen die wichtigste Aufgabe, um die Zukunft zu gestalten. Ich freue mich, als Mitglied des Finanzausschusses die wesentlichen anstehenden Entscheidungen in der Finanzpolitik begleiten zu dürfen und bin mir sicher, dass mit diesem Vertragswerk ein gutes Regieren in den kommenden vier Jahren möglich ist.

Herzliche Grüße

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke,

## Personelle (Neu-)Aufstellung der Union

In den vergangenen Tagen hat die Bundeskanzlerin nicht nur eine neue Generalsekretärin vorgestellt, sondern auch die neue CDU-Ministerriege präsentiert. Zweifellos hätte auch ich mir eine andere Verteilung der Ministerien erhofft, insbesondere der Verlust des Finanzministeriums an die SPD wiegt schwer. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass die neuen und teilweise alten Mitglieder der Bundesregierung eine gute Arbeit leisten werden. Ursula von der Leyen wird die Modernisierung der Truppe weiter voranbringen und mit Peter Altmaier wird nach Ludwig Erhard erstmals wieder ein CDU-Minister das ehrwürdige Wirtschaftsministerium führen. Der zunehmend bedeutende Bereich der Bildung und Forschung wird mit meiner Kollegin Anja Karliczek eine überaus engagierte Ressortleiterin

erhalten und Helge Braun wird an seiner bisherigen Arbeit im Bundeskanzleramt anknüpfen können. Ich bin froh, dass die Bundeskanzlerin mit Jens Spahn als Gesundheitsminister und mit Julia Klöckner als Landwirtschaftsministerin auch der zukünftigen Generation erkennbar eine Chance gibt. Annette Kramp-Karrenbauers Wahl zur Generalsekretärin ist sicherlich bedeutend, insbesondere für das Konrad-Adenauer-Haus. Sie hat sogleich in ihren ersten Stellungnahmen klar gemacht, dass sie die Debattenkultur in der CDU beleben möchte und ein neues Grundsatzzprogramm erarbeiten möchte. Was für einen besseren Zeitpunkt als jetzt könnte es geben, sich politisch zu engagieren? Auf diese Arbeit freue ich mich daher sehr.

02.03.2018

Ausgabe 3 / 2018



### Zahl des Monats:

2,5 Millionen...

...Menschen mit einer akuten Atemwegserkrankung haben allein in der vorigen Woche eine Haus- oder Kinderarztpraxis besucht, laut einer Schätzung des Robert-Koch-Instituts.

## Abschaffung des §219a StGB

Wie Sie sicherlich den Medien entnehmen konnten, ist im Zuge der Verurteilung einer Ärztin die Debatte um eine Neufassung des § 219a StGB entbrannt. § 219a StGB sanktioniert die Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft. Im politischen Raum sind Vorschläge laut geworden, die Norm entweder komplett abzuschaffen (so die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und von der Linksfraktion) oder den Tatbestand erheblich zu beschränken (so die FDP). Ich selbst bin der Auffassung, dass man die Regelung so belassen soll, wie sie ist.

Mir ist wichtig: Es geht in der aktuellen Debatte nicht darum, die nach langen und schwierigen Debatten geregelte Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs rück-

gängig zu machen. Aber es gilt nach wie vor, dass der Abbruch einer Schwangerschaft die Tötung ungeborenen Lebens darstellt! Ich finde es richtig und wichtig zu betonen, dass ein Schwangerschaftsabbruch keine normale ärztliche Leistung darstellt und Werbung dafür also zu verurteilen ist. Darum soll der vom Bundesverfassungsgericht aufgezeichnete Weg für einen straffreien Abbruch, der im Strafgesetzbuch seinen Niederschlag gefunden hat, auch weiterhin bestehen bleiben. Dazu gehört auch, dass lediglich besondere Beratungsstellen diesen Weg aufzeigen und darüber informieren sollen. Denn gerade diese Beratungsstellen können den betroffenen Frauen aufzeigen, wie trotz eventueller Schwierigkeiten ein Ja zum Kind vielleicht doch noch möglich ist.

## Bericht des Fraktionsvorsitzenden

### **Volker Kauder schreibt: Union setzt klares Signal für Regierung.**

Nachdem die CSU bereits am 8. Februar zugestimmt hat, hat jetzt auch der CDU-Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag beschlossen. Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Wir danken unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Dienst in den vergangenen vier Jahren als Generalsekretär und wünschen Annegret Kramp-Karrenbauer für ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg.

Mit der Zustimmung von CDU und CSU zum Koalitionsvertrag haben wir unsere Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können.

Wir stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können.

Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

### **Internationaler Weltfrauentag am 8. März 2018.**

Der internationale Weltfrauentag am 8. März ist uns Auftrag und Ansporn zugleich. Er mahnt uns, bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland über das Erreichte hinaus noch weiter voranzukommen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt.

Wir wollen daher die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt.

**02.03.2018**  
Ausgabe 3 / 2018